



Wenig Vertrauen in die Reform

Rainer Arnold, MdB, SPD

Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
und Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD Fraktion

Die Soldaten und die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr verdienen die Anerkennung der ganzen Gesellschaft, besonders aber das Engagement des Verteidigungsausschusses. Aus diesem Grund fühlen wir Sozialdemokraten uns auch in der Opposition in der Verantwortung. Wir werden die weiteren Reformschritte konstruktiv begleiten, auf Defizite hinweisen und das Notwendige einfordern. Zumal die zukünftige Struktur nicht mehr rückgängig zu machen sein wird - was immer die derzeitige Bundesregierung beschließt, wird tiefgreifende Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes haben. Hierzu ein paar Anmerkungen.

Auslöser der anstehenden Reformschritte war keine sicherheitspolitische Neubewertung der Bundeswehr, sondern die Sparvorgabe der Regierung. Schon jetzt kann gesagt werden, dass das geforderte Einsparvolumen von 8,3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 selbst bei dem ursprünglich vorgesehenen Umfang der Bundeswehr mit 163 500 Soldaten nicht einzuhalten ist. Inzwischen bewegt sich die Bundesregierung auf die Vorschläge der sozialdemokratischen Fachpolitiker zu und strebt einen Gesamtumfang von 185 000 Soldaten an. Die SPD begrüßt dies als Rückkehr in den sicherheitspolitischen Grundkonsens.

Auch bei der Wehrpflicht übernimmt die Koalition eine Idee der Sozialdemokraten: Weil die Wehrpflicht der Verkleinerung der Bundeswehr im Wege steht, ist es richtig, zukünftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich dazu freiwillig bereit erklärt haben. Allerdings erwarten wir, dass dieses Konzept auch vernünftig umgesetzt wird. Erfahrungen unserer Nachbarländer zeigen, dass es materieller und ideeller Anreize bedarf, um eine möglichst große Zahl von jungen Männern und Frauen für einen Freiwilligendienst in unserer Gesellschaft zu gewinnen – vom freiwilligen Grundwehrdienst über die vielen sozialen, ökologischen Dienste bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit.

In den nächsten Wochen werden wir besonders bei der Ausplanung der zukünftigen Struktur auf die Fähigkeiten der Streitkräfte achten. So darf es beim Eigenschutz, bei der Interoperabilität und beim multinationalen Zusammenwirken keine Abstriche geben. Natürlich wirkt sich die angespannte finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte auch auf die Streitkräfte aus – sie darf aber keinesfalls zur bestimmenden Größe werden, wie Verteidigungsminister zu Guttenberg im Mai 2010 postuliert hat.

Gerade für das Heer, das die mit Abstand größte Last der Auslandseinsätze trägt, bedeuten Einschnitte in der Führungs- und Durchhaltefähigkeit spürbare Einbußen bei den Kernfähigkeiten. Verzicht auf Kampfunterstützung, Verzicht auf Gefechte mit verbundenen Waffen gehen auch zu Lasten der Landesverteidigung. Das Heer braucht jedoch eine bestimmte

Größe, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Hier darf nicht am falschen Ende gespart werden.

Die größte Herausforderung ist und bleibt die Steigerung der Attraktivität des Soldatenberufes. Die Bundeswehr wird in den nächsten Jahren sichtbare Probleme mit der Nachwuchsgewinnung haben. Attraktivitätssteigerung bedeutet deshalb mehr als freundliche Worte in Sonntagsreden. Völlig widersinnig ist deshalb, von Attraktivität zu reden und gleichzeitig die zugesagte Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes zu kassieren, wie es die Regierung mit den Koalitionsfraktionen beschlossen hat.

Eine ganze Reihe von Verbesserungen sind überfällig, zum Beispiel die Portabilität der Versorgungsbezüge, planbarere Förderungs- und Verwendungswege, Anrechnungszeiten für Auslandseinsätze auf den Ruhestand, bessere Vereinbarkeit von Familie und Dienst, keine generelle Erhöhung der Stehzeiten bei Auslandseinsätzen sowie eine Angleichung der Besoldung an die Strukturen im Polizeidienst.

Machen wir uns nichts vor – die neue Struktur der Streitkräfte wird zunächst einmal Geld kosten. Und Vertrauen in die Reform werden die Soldaten erst finden, wenn sie im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung seriös unterlegt ist! Die Bundeskanzlerin besteht auf den vorgegebenen Einsparungen und mahnt ihre Einhaltung an. Vom Minister hören wir bisher kein Wort, wie Mehrausgaben und Sparauflagen in Einklang zu bringen sind. Wie soll hieraus Vertrauen erwachsen?

sicheren Betrieb von Schießanlagen in den Einsatzgebieten.

In diesem Zusammenhang muss ich auf die sogenannten bürokratischen Einsatzerschwernde eingehen, die regelmäßig in den Medien Aufsehen erregen. Eine Untersuchung der Einsatzerschwernde hat ergeben, dass nicht ein einziger Fall im Bereich der gesetzlichen Schutzaufgaben nachzuweisen ist, in dem gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Auflagen zu einer unangemessenen Erschwernde der Aufträge der Truppe geführt haben, wenngleich noch Handlungsspielraum zur Gestaltung von Mindeststandards zu bestehen scheint. In zahlreichen Fällen wurden entweder subjektive Einzelwahrnehmungen medienwirksam aufbereitet oder aber ungeprüft wiedergegeben. In einigen Fällen schöpften die Vorgesetzten vor Ort ihre Handlungsfreiheit nicht aus. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Wunsch der Truppe nach schnellen und, wie es heißt, unbürokratischen Lösungen bei näherer Betrachtung durchaus mit den berechtigten Vorschriften zum Schutz der Einsatzkräfte kollidieren kann. Nach meiner Bewertung ist den Schutzvorschriften immer dann der Vorzug zu geben, wenn die besonderen Verhältnisse vor Ort keine andere Entscheidung des verantwortlichen Führers verlangen.

Zusammenfassung aller Schutzaufgaben

Da nahezu alle Einsätze heute streitkräftegemeinsam geführt werden, liegt es auf der Hand, dass die konzeptionellen und grundsätzlichen Vorgaben für die Durchführung der einzelnen Schutzaufgaben auch streitkräftegemeinsam festgelegt werden müssen, um gleiche Standards für die gesamte Bundeswehr zu gewährleisten. Hierzu gehören mit künftig zunehmender Bedeutung die operativen Schutzaufgaben. Der Schutz von Kräften, Einrichtungen und Objekten im statischen und beweglichen Einsatz werden vielfach noch als allgemeine Aufgabe im Einsatz verstanden. Dabei wird leicht vergessen, dass sich auf Grund eines unterschiedlichen Verständnisses der Bedeutung von operativen Schutzaufgaben in den Teilstreitkräften die Nutzung einer „best practice“ zum Wohl aller Soldaten und Soldatinnen auswirken kann. Beispielhaft will ich hier nur den Einsatz von Objektschutzkräften der Luftwaffe beim Schutz von Einsatzinfrastruktur oder den Einsatz von Kampf- und Kampfunterstützungs-



(Quelle: SKUKdo/Kamenz)

Das Persistent Thread Detection System (PTDS) wird von der US-Armee in Afghanistan zur Raumüberwachung eingesetzt.

truppen des Heeres in einer Tunneloperation zum Schutz besonders wichtiger Konvois aufführen.

Unabhängig davon, ob es sich um operative, gesetzliche oder technische Schutzmaßnahmen handelt, ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass sich die für die einzelnen Schutzaufgaben verantwortlichen Stellen miteinander abstimmen können, um die in die Truppe hineinreichenden Grundlagendokumente zu harmonisieren und konkurrierende Forderungen zu vermeiden. Bereits heute bestätigen die engen Arbeitsbeziehungen z.B. zwischen munitionstechnischer Sicherheit und Gefahrgutwesen, ABC-Abwehr und Umweltschutz, ABC-Abwehr und Brandschutz oder Schießsicherheit und Betrieb von Schießanlagen, die wir in der Abteilung ABC-Abwehr und Schutzaufgaben im SKUKdo pflegen, den seinerzeit von der Zusammenlegung der Schutzaufgaben erwarteten Effizienzgewinn.

Diesen Gewinn messe ich nicht nur in der bereits begonnenen Einsparung von Dienstposten und Straffung von Abläufen. Mindestens ebenso wichtig erscheint mir der Effizienzgewinn, den wir aus der zusammengefassten Kompetenz „Schutz“ für unsere Soldaten und Soldatinnen im Einsatz erzielen. Das beste Beispiel hierfür ist der Schutz von Feldlagern. In den Forderungen an den Schutz von Feldlagern fokussieren sich operative Schutzforderungen genauso wie die auf Einsatzbelange hin ausgerichteten gesetzlichen Schutzaufgaben. Die Beachtung des Umwelt- und Arbeitsschutzes macht das sichere Leben und Arbeiten in Feldlagern genauso erst möglich, wie die Aufrechterhaltung

eines sicheren Luftraumes, einer verlässlichen Zugangskontrolle, einer lückenlosen Perimeterüberwachung, eines gesicherten Nahbereiches und geschützter Konvois zur Versorgung oder zur Wahrnehmung taktischer Aufträge. Im SKUKdo loten wir derzeit aus, wie all diese Komponenten unter den Bedingungen der vernetzten Operationsführung zum Schutz unserer Soldaten und Soldatinnen im Einsatz zusammenwirken können. Darüber hinaus verfolgen wir innovative Lösungen, wie z.B. den Einsatz taktischer Ballons, die als so genannte Aerostaten in der Lage sind, länger als jeder unbemannte Flugkörper den Nachstbereich eines Feldlagers lückenlos zu überwachen. Um das zweckmäßige Ineinandergreifen all dieser Systeme zu gewährleisten, ist die Zusammenfassung aller genannten Schutzaufgaben in einer Hand aus konzeptioneller Sicht unabdingbar.

Die Fähigkeiten der Streitkräfte werden künftig noch stärker als heute von den Anforderungen der Einsätze diktiert werden. Daher müssen wir die laufende Strukturreform der Bundeswehr als Chance begreifen, alle Schutzaufgaben, die sich auf das Verhalten der Streitkräfte in den Einsatzgebieten auswirken, auch streitkräftegemeinsam wahrzunehmen. Die Zusammenfassung aller Schutzaufgaben im Sinne von „Force Protection“ wird erfolgreich nur in einer querschnittlichen und streitkräftegemeinsam angelegten Struktur innerhalb der SKB der Zukunft zu leisten sein, die auf alle in den Streitkräften vorhandenen Fähigkeiten zurückgreifen und sie gemeinsam zu höchster Wirkung bringen kann.